



Sessionsbericht

Nr. 13 / Frühling 2023

Ihr EVP-Team im Nationalrat

Nik Gugger, ZH
Lilian Studer, AG
Marc Jost, BE

nik.gugger@parl.ch
lilian.studer@parl.ch
marc.jost@parl.ch

079 385 35 35
076 575 24 77
076 206 57 57



Foto: Rebbly Suter



Foto: mediathek.admin.ch

Liebe Leserinnen und Leser,

«Unus pro omnibus – omnes pro uno» (Einer für alle – alle für einen) lautet das Motto in der Glaskuppel des Bundeshauses. Es trifft aber auch sehr für unser Trio im Nationalrat und das erweiterte EVP-Team zu. Es ist sehr wertvoll, zu erleben, wie wir gemeinsam unterwegs sind, uns eng abstimmen, nach den nächsten Schritten suchen. Wie können wir zum Beispiel Familien unabhängig von ihrem gewählten Familien- und Betreuungsmodell stärken? Kaum hatten wir hierfür der Förderung der familienergänzenden Betreuung zugestimmt, brachte Marc einen Vorstoss ein, um die Kinderzulagen für alle Familien zu erhöhen. Sogar unsere Marianne Streiff brachte sich von extern nochmals ein, um gemeinsam als Team die notwendige Mehrheit für ihre Motion zu Geflüchteten im altrechtlichen Nothilfesystem zu beschaffen. Das ganze EVP-Team leistete einiges an Überzeugungsarbeit und freute sich entsprechend, als dieser Vorstoss überraschend durchkam. Und schliesslich haben wir uns bei den dieses Mal traktandierten Geschäften immer wieder für eine intakte Umwelt positioniert. Vielen Dank für Ihr Interesse an unserer Arbeit und Ihre Unterstützung. Für Ihre Fragen oder Anregungen stehen wir gerne zur Verfügung.

Herzliche Grüsse, Lilian, Nik und Marc

In diesem Bericht	Seite
Humanitäre Aktion für altrechtliche Asylverfahren	2
KITA-Gesetz	2
Vorstoss für höhere Familienzulagen	3
BVG-Revision	3
Wiederausfuhr von Kriegsmaterial	4
Aussenpolitischer Bericht	5
AP22+, Mantelerlass und Energiewende	5
Eingereichte Vorstösse	7



Unterstützung von internationalen Sportgrosanlässen

Lilian Studer bekräftigt die Unterstützung der Mitte-Fraktion. Die Mitte-EVP in ihrem [Votum](#).

Motion (Streiff) Gugger «Nothilfe» angenommen

Ausserordentliche humanitäre Aktion für Nothilfe beziehende Personen aus altrechtlichen Asylverfahren

Fast am Schluss der Frühjahrssession erleben wir als EVP noch ein besonderes Highlight. Eine Motion von Marianne Streiff-Feller, die von Nik Gugger übernommen worden war, wurde vom Nationalrat überwiesen.

Im Zentrum der Motion stehen etwa 3000 Personen, die seit Ende 2019 Nothilfe beziehen. Sie hatten im altrechtlichen Asylsystem einen negativen Asylentscheid erhalten und mussten folglich in ihre Länder zurückkehren. Diese weigern sich jedoch, ihre Staatsangehörigen wieder einreisen zu lassen oder stellen ihnen die zur Reise notwendigen Dokumente nicht aus. Für tibetische Asylsuchende aus Indien oder Nepal ist zum Beispiel die Rückkehr aufgrund technischer Unmöglichkeit oft ausgeschlossen. **Die Motion fordert eine einmalige humanitäre Aktion, um für diesen begrenzten Personenkreis unter klar definierten Voraussetzungen ihren Aufenthalt dauerhaft zu regeln. So müssen sie sich eine Landessprache angeeignet haben, dürfen nicht straffällig geworden sein und müssen willens und in der Lage sein, sich in der Schweiz zu integrieren.**

Es wäre eine pragmatische, umfassende und innovative Antwort auf die persönliche und berufliche Situation von Menschen ohne Rückkehrmöglichkeit. **Für die EVP grenzte es an ein Wunder: Die Motion kam tatsächlich in einem sehr bürgerlichen Parlament mit 100 zu 81 Stimmen und 5 Enthaltungen durch!** Dank dem unermüdlichen Engagement von allen, die im Hintergrund für die Motion "gewebelt" haben, konnten wir so alt Nationalrätin Marianne Streiff ein wunderbares Abschlussgeschenk machen. Die Motion kommt nun in den Ständerat.

Zeitgemässe Lösung für das «Kita»-Gesetz

Überführung der Anstossfinanzierung

Wie aus diversen Studien ersichtlich, schneidet die Schweizer Familienpolitik im internationalen Vergleich immer noch unterdurchschnittlich ab. **Der Zugang zur familienergänzenden Kinderbetreuung, ihre Qualität sowie die Bezahlbarkeit für Eltern sind mangelhaft.** Ein Grund dafür sind u.a. die unterschiedlichen Bedingungen von Kanton zu Kanton und auch Gemeinden. Der Bund leistet heute eine befristete und mittlerweile mehrfach verlängerte Anstossfinanzierung. Über 70'000 externe Kinderbetreuungsplätze konnten dadurch mitunterstützt werden. Eine Verstetigung der Anstossfinanzierung stand in der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur im Raum. **Die Entlastung der Eltern war insbesondere ein zentraler Punkt. Diese soll nun auch nach der Beratung im Nationalrat mit einer 20% Beteiligung seitens Bund bis und mit Primarschulalter geschehen.** Die Vorlage ist aber



Mit 100 zu 81 Stimmen, bei 5 Enthaltung, wird die Motion Streiff-Gugger angenommen! Nik verteidigte sie in seinem Votum.



Blockade von Berg-Karabach:

Vor dem Bundeshaus protestierten Parlamentarierinnen und Parlamentarier gegen die Blockade von Berg-Karabach durch Aserbaidschan. Auch die NR Lilian Studer, Nik Gugger und Marc Jost von der EVP forderten den sofortigen Stopp der brutalen Blockade: «Seit mehr als zwei Monaten blockiert Aserbaidschan die Zufahrtsstrasse nach Berg-Karabach. 120'000 Menschen sind abgeschnitten vom Nachschub mit frischen Lebensmitteln, Medikamenten, Treibstoff und Energie. Sie kämpfen ums Überleben. Die Blockade gehört zur brutalen Strategie des Völkermords Aserbaidschans gegen Armenien», erklären die Nationalratsmitglieder der EVP in ihrem gemeinsamen Statement.

so gestaltet, dass der Bund nur subsidiär zuständig ist, auch die Kantone werden in die Pflicht genommen. Programmvereinbarungen sind zudem auf Wunsch der Kantone möglich, z.B. um vermehrt Plätze von familienergänzenden Tagesstrukturen oder Tagessfamilien zu schaffen u.a. auch für Kinder mit einer Behinderung. Oder um einen Fokus auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch bei unregelmässigen Arbeitszeiten zu legen. Dabei beteiligt sich der Bund mit finanziellen Mitteln. **Wichtige Ziele der Vorlage sind, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, auch den Fachkräftemangel zu entschärfen sowie gerade auch Frauen Frauen in der 2. Säule besser abzustützen.** Auch wenn für uns als EVP alle Familienmodelle einen zentralen Wert haben, sehen wir die Notwendigkeit dieser Vorlage. Somit haben wir ihr zugestimmt, wenn auch in der Detailberatung mit unterschiedlicher Gewichtung. Der Ständerat wird nun über die Vorlage diskutieren und sicher Anpassungen vornehmen. Wir sind überzeugt, dass wir am Ende eine bezahlbare, aber trotzdem noch sinnvolle Lösung haben.

Höhere Familienzulagen unterstützen alle Familien

Marc Jost reicht [Parlamentarische Initiative](#) ein

Mit einer parlamentarischen Initiative fordert Marc Jost den Bundesrat auf, die Familienzulagen zu erhöhen. **Künftig soll die Kinderzulage mindestens 250 Franken je Kind betragen, die Ausbildungszulage 300 Franken.** Nach der Geburt eines Kindes reduziert in den meisten Familien ein oder beide Elternteile, zumindest vorübergehend, die Arbeitszeit. Die Familie muss einen entsprechenden Einkommensrückgang verkraften. Und dies, obwohl gleichzeitig die Haushaltsausgaben mit jedem Kind deutlich und dauerhaft ansteigen – mit bis zu 1000 Franken pro Monat etwa beim ersten Kind.

Gerade Familien mit weniger Einkommen trifft die aktuelle Preisexplosion bei Strom, Heizung, Essen, Mieten oder Krankenkassenprämien überdurchschnittlich hart. Höhere Familienzulagen können zudem alle Familien wirksam unterstützen – unabhängig vom gewählten Betreuungs- und Erwerbsmodell.

Mehrere Kantone zahlen bereits heute Kinderzulagen von 250 Franken oder mehr aus, z.B. Basel-Stadt, Jura oder Waadt.

Parlament verabschiedet BVG-Revision

Blockadepolitik benachteiligt die Frauen

«Durchbruch für die Frauen statt Blockadepolitik», dies war unser Aufruf als EVP zur BVG-Revision. Doch die Blockadepolitik ist bis zum Schluss geblieben. Dies ist auch daran erkennbar, dass **schon vor der Schlussabstimmung das Referendum angekündigt wurde. Zudem senkte man die Eintrittsschwelle zur Pensionskasse von 22'050 CHF nur auf 19'845 Franken anstelle der vorgeschlagenen 17'548 Franken. Dies war für uns als EVP unverständlich.** Aber von



Zustimmung zum «Kita»-Gesetz

Lilian Studer spricht sich in ihrem [Votum](#) für die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP. für eine zeitgemässe Lösung bei der familienergänzenden Kinderbetreuung aus, betont aber, dass dabei niemandem ein bestimmtes Familienmodell vorgeschrieben werden darf.



Sexualstrafrecht

Der Ständerat hat beim Sexualstrafrecht einen wichtigen Entscheid getroffen. Lilian Studer dazu im [Video](#).



FC Nationalrat im Wankdorfstadion

Die FIFA bezwang den FC Nationalrat mit 2:0. Auch Marc spielte mit. Jede Sessionswoche findet ein Match statt.

vorne: In dieser Session ging es bei der BVG-Revision um die Klärung einiger Eckpunkte sowie allgemein um den Abschluss des Geschäftes im Parlament. Dass der Umwandlungssatz auf 6% gesenkt werden musste, wurde schon bei der 1. Lesung beider Räte entschieden und ist einer der Gründe der Revision. Die 2. Säule muss aufgrund der demografischen Entwicklung für die Zukunft fit gemacht werden. Es braucht mehr finanzielle Mittel, um die laufenden Renten finanzieren zu können. **15 Jahrgänge sollen von einem Rentenzuschlag lebenslang profitieren können. Dies betrifft ca. die Hälfte der Versicherten. Je nach Jahrgang und Altersguthaben gibt es einen Zuschlag von 100 bis 200 Franken pro Monat.**

Der zweite Grund ist die **bessere Teilhabe von Mehrfachbeschäftigten und Tieflohnbeziehenden in der 2. Säule, was insbesondere die Frauen betrifft.** Die tiefere Eintrittsschwelle ist dabei eine wichtige Massnahme. Eine gute Lösung fand man beim Koordinationsabzug. Der Ständerat schlug dem Nationalrat vor, **80 Prozent des Lohnes zu versichern**, was gerade Menschen in diesem erwähnten Segment sehr entgegenkommen sollte. Dies erhielt auch unsere Zustimmung. Heute gibt es eine starre Lösung. Eine der wichtigsten Anpassungen der Vorlage ist, dass sich Mehrfachbeschäftigte bei einem **Jahreslohn von 19'845 Franken** versichern lassen können. **Leider wurde das Eintrittsalter gegen unseren Wunsch nicht von 25 auf 20 Jahre gesenkt.**

Nun wird wahrscheinlich das Volk das letzte Wort haben. **Wir Ratsmitglieder der EVP haben der Reform zugestimmt. Nicht alle unsere Forderungen sind erfüllt, aber bei einer Ablehnung gäbe es überhaupt keine Lösungen, die den beiden wichtigen Zielen der Vorlage näherkommen würden.**

Angriffskrieg gegen die Ukraine

Wiederausfuhr von Schweizer Kriegsmaterial

Erst vor kurzem hat sich die EVP mit Überzeugung dafür eingesetzt, dass Waffenexport in Länder, in denen Bürgerkrieg herrscht oder Menschenrechte verletzt werde, verboten sind. Jetzt hat sich die Situation drastisch verändert. **Mit dem Angriffskrieg von Russland in die Ukraine ist eine schwere Verletzung vom Völkerrecht passiert.** Der Bundesrat hätte grundsätzlich trotz verschärftem Kriegsmaterialgesetz die Möglichkeit zu handeln, verzichtete jedoch darauf. Nun stand das Parlament vor der Frage, ob wir Wiederausfuhr aus Drittstaaten, wie zum Beispiel aus Dänemark oder Deutschland ermöglichen sollten. **Wir sind der Überzeugung, dass alles möglich gemacht werden sollte, was im Rahmen der Neutralitätspolitik und des Völkerrechts gangbar ist.** Dabei gilt es zu beachten, dass das Völkerrecht den neutralen Staaten einen grossen Spielraum gibt, inklusive bei der Wiederausfuhr von Kriegsmaterial. Auch unsere Verfassung und Gesetze geben keine eindeutigen und definitiven Regelungen, wie unsere Neutralitätspolitik umzusetzen ist. Wir haben also einen grossen Spielraum sowohl vom Völkerrecht her als von unserer Verfassung her. **Vor diesem Hintergrund unterstützen wir**



Gastkommentar in der Weltwoche

Zur Frage von Neutralität und Völkerrecht konnte Marc Jost einen Beitrag in der «Weltwoche» publizieren: <https://weltwoche.ch/story/tagebuch-154/>



Verhandlungen mit EU vorantreiben

Wir haben verschiedene Vorstösse unterstützt, die ein rascheres Vorgehen in den Gesprächen und Verhandlungen mit der EU forderten. Ganz links Marc Jost mit der Europäischen Bewegung Schweiz.

unter den behandelten und noch zu beratenden Vorstössen solche, die unter strengen Auflagen Wiederausfuhren möglich machen wollen. Etwa die Voraussetzung eindeutiger UNO-Beschlüsse des Sicherheitsrates oder der Generalversammlung, welche einen Völkerrechtsbruch verurteilen. Oder der einer Frist von 5 Jahren, die einzuhalten wäre, bevor eine Wiederausfuhr erlaubt werden könnte. Leider fand ein bisheriger Vorstoss keine Mehrheit, sodass zu dieser Frage weiterhin der Status quo gilt.

Aussenpolitischer Bericht: Die Ukraine im Mittelpunkt

Im Mittelpunkt des Aussenpolitischen Berichts stand die Rückkehr des Krieges nach Europa. Neben der Covid-19-Pandemie und zahlreichen Klimakatastrophen war das Jahr 2022 von der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine geprägt. Der Angriffskrieg löste in Europa eine schwere Energiekrise aus, verschärfte die Ernährungsunsicherheit und die Verschuldung und führte in vielen Ländern zu einem Aufflammen der Inflation.

Der Krieg in der Ukraine hat Europa in ein "neues Zeitalter" der Instabilität gestürzt. Er hat die Aussenpolitik der Schweiz, welche die russische Aggression wiederholt verurteilt hat, stark geprägt. Der Bundesrat hat die Sanktionen der Europäischen Union unterstützt und sich angesichts des Leidens der ukrainischen Bevölkerung solidarisch gezeigt. Zudem hat sich die Schweiz vorbehaltlos für die Einhaltung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen eingesetzt.

Weitere Themen des Berichts sind die Fortschritte in den Beziehungen zur EU, das Engagement der Schweiz für einen wirksamen Multilateralismus und die Wahl der Schweiz zum nichtständigen Mitglied des UNO-Sicherheitsrats im Zeitraum 2023-2024.

Einsatz für die Natur und Umwelt

Verpasste Chance: Nationalrat folgt dem Ständerat und verabschiedet zahnlose AP22+

Am Mittwoch und Donnerstag der zweiten Woche der Frühjahrssession beriet der Nationalrat die AP22+. Dies, nachdem der Ständerat der Vorlage im Winter 2022 sämtliche Zähne im Bereich Umwelt- und Klimaschutz gezogen hatte. Leider folgt der Nationalrat der kleinen Kammer und schickte alle Anträge, die Verbesserungen im Umweltbereich gebracht hätten, bachab: keine Klimaziele für die Land- und Ernährungswirtschaft, keine finanzielle Unterstützung für die Biodiversitätsberatung, keine Beseitigung der vielen Fehlanreize. Alle anderen Branchen haben Klimaziele und es ist deshalb nicht nachvollziehbar, weshalb die Land- und Ernährungswirtschaft nicht. Umso mehr, als die Landwirtschaft selbst von der Klima- und Biodiversitätskrise in hohem Mass betroffen ist. Der Nationalrat verweigert der Branche damit die notwendige Unterstützung für einen Wandel hin zu einer resilienten und klimafreundlichen Landwirtschaft.



Treffen unter Aussenpolitikern

Nik Gugger traf BR Ignazio Cassis. Die Diskussion betraf aussenpolitische Themen, insbesondere die Schweizer Europapolitik, die Beziehungen zu Indien, der Krieg in der Ukraine und Menschenrechtsverletzungen in Iran. Weiter diskutierten sie über Statements aus Niks Buch «Entgegen allen Widrigkeiten.»

Immerhin konnte dank der EVP den Angriff auf das Parteistellungsrecht der Umweltverbände und der Trinkwasserversorger beim Zulassungsverfahren für Pestizide abgewehrt werden. Das ist ein entscheidender Erfolg für die Natur und die öffentliche Gesundheit.

Das Mini-Paket AP22+ geht nun für eine kleine Differenzbereinigung an den Ständerat zurück.

Trotz der Blockaden wird es in den nächsten Jahren notwendig sein, in der Landwirtschafts- und Ernährungsfrage schnell voranzukommen. Denn ohne fruchtbare Böden, sauberes Wasser und ein stabiles Klima gibt es keine landwirtschaftliche Produktion.

Mantelerlass und Energiewende

Bei der Debatte um eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien ging es ebenfalls um viel: Ausbau der Solarpflicht bei Gebäuden, beschleunigte Digitalisierung des Stromnetzes und zusätzliche Winterstromproduktion. Die Stromvorlage war ein Balanceakt: Wie viele Eingriffe beim Naturschutz verträgt es, um mehr Strom produzieren zu können? Und wie viele Eingriffe in die Eigentumsfreiheit liegen drin, um die Gebäude solar hochzurüsten?

Auch hier setzte sich die EVP dafür ein, dass dieser Ausbau der erneuerbaren Energien nicht auf Kosten der Biodiversität stattfinden soll. Leider stimmte der Nationalrat vielfach gegen die Naturschutzinteressen: Bei Kraftwerkbauten sind Ausgleichsmassnahmen zugunsten der Natur nicht mehr in jedem Fall vorgeschrieben und Wasserkraftwerke können künftig mehr Wasser durch die Turbinen leiten, was den Fischen und der Artenvielfalt schaden wird. Der Nationalrat hat es jedoch immerhin abgelehnt, die Stromproduktion vollständig über den Naturschutz zu stellen. Biotope und bestimmte Reservate sollen demnach erhalten bleiben. Konkret sollen etwa Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien in Biotopen von nationaler Bedeutung sowie in Wasser- und Zugvogelreservaten weiterhin ausgeschlossen sein. Über diesen kleinen Erfolg freute sich auch die EVP. Die beiden Vorlagen gehen nun in den Ständerat.



175 Jahre Bundesverfassung

Das Schweizer Parlament feiert das Jubiläum der ersten Bundesverfassung mit der offenen Bundesmeile, einem grossen Festakt am Tag der Verfassung, der Ausstellung «Session», einer besonderen Führung durch das Parlamentsgebäude, einer neuen Audio-tour und weiteren Veranstaltungen: <https://www.1848-parl.ch/de/>

In dieser Session eingereichte Vorstösse:

Nik Gugger

[Fragestunde \(23.7261\) – PET-Flaschen mit Phthalate >>>](#)

[Fragestunde \(23.7262\) – Gesetzliche Grundlage für künstliche Intelligenz \(KI\) Systeme im Gesundheitsbereich >>>](#)

[Fragestunde \(23.7263\) – Höhenbeschränkung für Solaranlagen lockern >>>](#)

[Interpellation \(23.3416\) – Anpassung der Strukturverbesserung – Wie geht das zuständige Bundesamt vor? >>>](#)

Marc Jost

[Fragestunde \(23.7067\) – Teuerung auch bei Familienzulagen? >>>](#)

[Parlamentarische Initiative \(23.406\) – Starke Familien durch angepasste Zulagen >>>](#)

[Postulat \(23.3420\) – 175 Jahre Bundesverfassung – Stärkung des Rechtsstaats im Parlament >>>](#)

[Interpellation \(23.3353\) – Behindern zu viel Reglementierung und Fragmentierung die Energiewende? >>>](#)

Lilian Studer

[Fragestunde \(23.7153\) – Methadon Engpass: Wie ordnet der Bund die Situation ein? >>>](#)

[Parlamentarische Initiative \(23.413\) – Schweizerische Nationalbank: Stabile Geldpolitik dank Berücksichtigung von Klimarisiken >>>](#)

[Link Vorstösse Nik >>>](#)

[Link Vorstösse Lilian >>>](#)

[Link Vorstösse Marc >>>](#)

Impressum:
Verfasst und gestaltet von
Nik Gugger
Marc Jost
Lilian Studer

Versand: Geschäftsstelle
der EVP Schweiz

